



Haushaltsplan 2012 / 2013 einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes

Reden der Vorsitzenden
der im Rat der Stadt Velbert
vertretenen Fraktionen
in der Sitzung des Rates
am 28. März 2012

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion	3
Wolfgang Werner, Vorsitzenden der SPD-Fraktion	9
Dr. Esther Krönke, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	15
August Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders	17
Julius von Felbert, Vorsitzender der FDP-Fraktion	21
Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE	23
Gerda Klingenuß, Vorsitzende der UVB-Fraktion	25
Helmut Stiegelmeier, Vorsitzender der SLB-Fraktion	27

Hinweis für alle Reden:

1. Es gilt das gesprochene Wort.
2. Für den Inhalt sind die Fraktionen verantwortlich.

Impressum:

Stadt Velbert
Büro des Bürgermeisters
Pressestelle
Thomasstraße 1
42551 Velbert

Telefon: 02051/262207
Telefax: 02058/262198

E-Mail: hans-joachim.blissenbach@velbert.de
Internet: www.velbert.de

Manfred Bolz, Vorsitzender der CDU-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Der aktuelle von der Verwaltung vorgelegte Doppelhaushalt 2012 / 2013 zeichnet sich durch verschiedene Besonderheiten aus. Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung der Velberter Unternehmen beschert der öffentlichen Hand gute Steuereinnahmen und erlaubt damit für das Jahr 2012 / 2013 und der weiteren mittelfristigen Finanzplanung eine günstigere Prognose als in der letzten Haushaltsdiskussion erwartet. Dies darf aber uns allen nicht, und ich formuliere es etwas flapsig, die Dollarzeichen in die Augen treiben. Wir haben trotz der günstigen Entwicklung der Einnahmeseite und der Realisierung der bisherigen Einsparpotentiale noch nicht einmal die Planzahlen von 2008, wo wir noch von einem Defizit von 8 Millionen Euro ausgingen, erreicht, geschweige denn, einen ausgeglichenen Haushalt für die mittel-/langfristige Finanzplanung sicher erreicht.

Es bleibt also eine Unsicherheit und dies sollte uns zwingen durch weitere Einsparungen das Ziel, ausgeglichener Haushalt, zu erreichen. Das dies notwendig ist, war bereits allen klar die den damaligen Haushalt mitgetragen und verabschiedet haben.

Solange es uns nicht gelingt langfristig die Aufwendungen der Stadt dauerhaft zu reduzieren und der demographischen Entwicklung anzupassen, ist das Schreiben schwarzer Zahlen, geschweige denn ein Schuldenabbau im städtischen Haushalt nahezu unerreichbar. Sparbemühungen dürfen keine Worthülsen sein, sondern wir müssen entschlossen Taten folgen lassen.

Wir begrüßen von daher sehr, dass der Kämmerer und die Verwaltung die prognostizierten Verbesserungen vorsichtig kalkuliert und die haushalterischen Stellschrauben nicht voll ausgereizt und damit keine unkalkulierbaren Risiken eingegangen ist.

In der derzeitigen Phase des Schuldenabbaus und der langfristigen Haushaltssanierung gilt es für unsere Stadt mit den drei Stadtteilen sich für die Zukunft richtig aufzustellen, neue Schulden zu vermeiden und bisherige abzubauen. Dazu gehört eine Zukunftsgestaltung mit guten Konzepten und neuen Ideen zum Wohle unserer Bürger in allen Ortsteilen.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf des Kämmerers ist von daher, trotz einiger geringfügiger Änderungen, die wir vorgeschlagen haben, der richtige Weg für unsere Stadt, unserem Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, näher zu kommen. Ich werde auf einzelne Punkte des Entwurfes später noch zurück kommen. Wer aber glaubt, dass mit der Verabschiedung dieses Haushaltes die Sparbemühungen abgeschlossen wären, täuscht sich. Wir haben lediglich ca. anderthalb Jahre Zeit gewonnen, bis wir uns Ende 2013 mit dem Haushalt 2014 beschäftigen müssen. Wir sollten die Zeit nutzen uns weitere Gedanken zu machen die Haushaltssituation zu stabilisieren.

Ein Punkt bzw. eigentlich bereits mehrere ist die angefangene Diskussion, heute dreifach vorgehaltene Einrichtungen von z. B. VHS, Kunst und Musikschule und Büchereien als Schwerpunkteinrichtungen auf die Stadtteile zu verteilen. Dieser Denkansatz zeigt einen, unserer Meinung nach begehbaren Weg, für eine weitere Kostenreduzierung auf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Eine ganz wesentliche Aufgabe ist die Sicherung von Arbeitsplätzen in Velbert und das Bestreben weitere innovative Unternehmen nach Velbert zu holen. Das bestmögliche Erreichen dieser Ziele sichert dieser Stadt wesentliche Einnahmen, die für alle großen städtischen Aufgaben dringend benötigt werden.

Wie schwierig diese Zielerfüllung ist, zeigt die aktuelle Entwicklung bei Abwanderungsüberlegungen alter Velberter Unternehmen. Wie bei Erstellung und Diskussion für den neuen Flächennutzungsplan, nicht nur von mir befürchtet, zeigt dieser Umstand auf, dass wir für unsere Gewerbestruktur, überwiegend gewerblich orientierter Unternehmen, Gewerbeflächen in notwendigen Flächengrößen nicht zur Verfügung haben. Überlegungen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes eventuell durch Tausch oder andere Maßnahmen unsere Situation zu verbessern, unterstützt die CDU Fraktion ausdrücklich.

Ein weiterer Weg ist aber auch die bereits vor längerer Zeit diskutierte regionale Zusammenarbeit der Kommunen im Nordkreis über ein gemeinsames Flächenmarketing und gemeinsamer Wirtschaftsförderung die beteiligten Kommunen und die Region zu stärken. Ich fordere hier die Verwaltung auf in Ihren Bemühungen diese Zusammenarbeit zu erreichen nicht nachzulassen verkenne allerdings nicht, dass dies kein einfacher Weg ist. Um die Bedeutung

dieser Bemühungen weiteren Nachdruck zu verleihen, stellt die CDU-Fraktion folgenden Antrag:

Die konzeptionellen Fortschritte zur Neuausrichtung des Standortmarketings sollen in den Ratsgremien regelmäßig berichtet werden, um die breite Unterstützung des Stadtrates zu unterstreichen.

Durchaus im Zusammenhang mit diesen Überlegungen sehen wir insbesondere die Aufgabe der Velbert Marketing GmbH, eine gleichmäßige Entwicklung aller Ortsteile sicherzustellen. Strukturell benachteiligte Gebiete benötigen eine besondere politische Unterstützung. Hier nenne ich gerne die gute und lösungsorientierte Arbeit der Lenkungsgruppen in Neviges und Velbert Mitte. Ich kann als Vorsitzender der Lenkungsgruppe Neviges ein positives Zwischenergebnis in der Zusammenarbeit nennen. Fast alle Teilnehmer beteiligen sich an den Diskussionen mit konstruktiven Vorschlägen und ich bin davon überzeugt, dass wir hier mit der Innenstadtentwicklung von Neviges einen guten Schritt nach vorne kommen werden.

Alle drei Stadtteile Velberts haben ihre Besonderheiten zu bieten und nur durch das Zusammenwirken aller drei ist Velbert eine liebens- und lebenswerte Stadt mit viel Charme. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Stadtteile möglichst die gleichen Chancen und Möglichkeiten haben, jedoch stößt man hier immer wieder auf Grenzen, die weder durch politisches Handeln noch durch Eingriffe der Verwaltung steuerbar sind. Wider besseres Wissen erwecken Wählergemeinschaften dies polemisch einen anderen Eindruck. Trotzdem werden wir nicht müde auch künftig alle denkbaren Weichen zu stellen, die die Möglichkeiten z.B. für die Errichtung eines Kinos in Velbert verbessern, eine sinnvolle und attraktive Nutzung des Schloss Hardenbergs ermöglichen und das Bürgerhaus Langenberg in den kulturellen Focus unserer Stadt zu rücken.

Für die weitere Sanierung des Schloss Hardenberg haben wir einen Antrag gestellt. Unserer Meinung nach kann unsere Stadt ein Kulturdenkmal wie das Schloss Hardenberg nicht in dem uns allen bekannten Zustand einpacken und auf bessere Zeiten hoffen. Hier haben wir Kreativität von der Verwaltung eingefordert und ich kann mich heute bei der Verwaltung bedanken, dass Sie Wege aufzeigt und dass es keinen Stillstand am Schloss geben wird.

Allen muss jedoch klar sein, dass eine weitere Entwicklung und Sanierung des Schlosses nur mit einer Verabschiedung des städtischen Haushaltes möglich ist. Vereinfacht: Haushaltzustimmung gleich weiterer Ausbau Schloss Hardenberg

Selbstverständlich gibt es an der einen oder anderen Stelle Nachholbedarf: so lässt sich die Verbesserung der Nahversorgung in Langenberg nennen. Nur langfristig lassen sich Strukturdefizite verbessern oder ausgleichen. Ich freue mich an dieser Stelle über die Fertigstellung der einzigen Schulmensa mit „Außengastronomie“ am Gymnasium Langenberg berichten zu können. Für die wir lange gekämpft haben – hier besonders als ständiger Mahner und Antreiber darf ich, ohne parteipolitische werden zu wollen, Josef Rabstein, unseren langjährigen Schulausschussvorsitzenden, nennen.

In Langenberg müssen wir darauf achten, dass die Baustelle Bürgerhaus schnellst möglichst zum Abschluss geführt wird. Uns ist klar, dass wir hier auf eine weitere zügige Mittelzuweisung des Landes angewiesen sind. Wenn noch nicht geschehen, sollte auch hier die Verwaltung prüfen, inwieweit wir mit weiteren städtischen Mitteln in Vorleistung treten können. Ich gehe davon aus, dass die Zinsbelastung bei einer notwendigen Vorfinanzierung zur Zeit gering ist und eine Darlehnsaufnahme überschaubar kurz sein dürfte. Somit könnte die Belastung des städtischen Haushaltes hier überschaubar ausfallen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die aufgeführten Punkte sind nur einige und ich habe mich bewusst zunächst nur auf die großen Projekte in Neviges und Langenberg bezogen. Alle diese Punkte können wir nur gemeinsam lösen und es ist absolut kontraproduktiv, wenn hier die besonders kleinen Fraktionen durch möglichst lautes schreien auf die nachweislich falschen Tatsachen der massiven Vernachlässigung der Stadtteile verweisen ohne konkrete Punkte zu nennen. Diese teilweise auch dumm zu nennenden Behauptungen können dazu führen, dass die Stadt sich immer mehr spaltet. Somit ist ein Zusammenhalt der Bürger zum Wohle der Gesamtstadt immer schwieriger.

Meinen Damen und Herren,

wir alle müssen lernen, dass jeder Stadtteil in dieser Stadt seine Aufgabe wahrnehmen sollte. Die Vorteile und strukturellen Besonderheiten müssen wir erkennen und dann fördern. Es

kann nicht sein, dass wir in Zukunft besonders auch unter dem Gesichtspunkt städtischer Finanzen weiterhin so tun als wenn die Stadt Velbert aus drei Städten, in denen alle Infrastrukturen vorgehalten werden müssen, besteht. Der notwendige Strukturwandel kann aber nicht mit einem „Hieb“ umgesetzt werden. Wir müssen hier die Bürger mitnehmen und das geht nur, wenn das Kirchturmdenken in ein gemeinsames denken und lenken für die Gesamtstadt führt. Kein Bürger soll vergessen, welche Bedeutung jede selbstständige Stadt geschichtlich hat. Aber ob wir es wollen oder nicht. Wir sind 1975 teilweise gezwungen worden eine neue Stadt zu werden. Wir können es nicht rückgängig machen und sollten, nach jetzt mehr als 35 Jahren, dass übersteigerte „Ich –Denken“ auf die Stadtteile bezogen ablegen.

Meine Damen und Herren,

ich kann von mir behaupten, dass ich stolz darauf bin die kulturelle Bedeutung des Stadtteiles Neviges mit Wallfahrt und Hardenberg und Langeberg mit der Altstadt und industriellen Vergangenheit als gemeinsames Velbert nach außen und innen darstellen zu können. Ich stehe mit meiner Fraktion zu unserem Eid zum Gesamtwohl der Stadt zu handeln. Keiner kann für sich alleine wir können nur gemeinsam diese Stadt nach vorne bringen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die CDU-Fraktion sieht nach wie vor in dem Themenfeld Bildung die wichtigste Rahmenbedingung für die künftige positive Entwicklung unserer Stadt. Die Entscheidung vor mehr als zwei Jahren die Konjunkturfördermittel schwerpunktmäßig in die Ertüchtigung von Schulgebäuden zu investieren zeigt heute nach Abschluss der Maßnahmen dass wir diese Aussage ernst genommen haben.

In regelmäßigen Abständen treffen wir als CDU-Fraktion die Schulleiter unserer weiterführenden Schulen. Um die bildungspolitische Neuausrichtung durch einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens zu begleiten hat sich diese Vorgehensweise bewährt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der aktuelle Bildungskompromiss auf Landesebene hat mit der Sekundarschule eine neue, zusätzliche Schulform auf den Weg gebracht. Eine klare Aussage wie sich die an dem Kompromiss beteiligten Parteien die zukünftige Schullandschaft im Sekundarbereich I vorstellen fehlt. Die Verantwortung und Diskussion über die Schulen der Zukunft wird erneut auf die Kommunen abgeschoben. Nicht das der Eindruck entsteht, die CDU drücke sich vor der Verantwortung. Mit Sicherheit nicht. Aber nach unserem Dafürhalten wäre mehr Kontinuität in der Bildungspolitik angebracht. Wir verschließen auch nicht die Augen vor der Tatsache, dass Hauptschulen - trotz sehr guter Arbeit – zu Resteschulen geschrumpft sind.

Die Annahme unseres Kompromissvorschlages, eine Entscheidung über die Zukunft der Hardenbergschule um ein Jahr zu verschieben gibt uns Zeit über eine gute Lösung für die Kinder in Neviges und der ganzen Stadt nach zu denken. Wir sollten eine Lösung unaufgeregt und ohne politisches Geplänkel suchen, die Chancen der neuen Schulrichtlinien mit Sekundarschule berücksichtigen und alles rechtzeitig vor den neuen Anmeldeverfahren auf den Weg bringen. Es muss aber eine Lösung sein, die eine kontinuierliche Schulpolitik und ein stabiles Schulangebot für viele Jahre garantiert.

Wir müssen in dieser Diskussion und den daraus resultierenden Entscheidungen aber trotz allem berücksichtigen, dass über Neviges hinaus, nicht nur aus demographischen Gründen Entscheidungen auch über Standorte bei den weiterführenden Schulen anstehen werden. Auch hier sind wir alle mit der Verwaltung gefordert, vor allem rechtzeitig nach Lösungen zu suchen und diese den Eltern, Schülern und Schulen auf zu zeigen.

Die flächendeckende Versorgung aller Stadtteile mit möglichst allen Schulformen liegt uns besonders am Herzen. Kurze Beine – kurze Wege, das gilt besonders für unsere ganz Kleinen den Grundschulern. Wir sind erleichtert, dass die CDU NRW gemeinsam mit der Landesregierung, anders als bei der soeben erwähnten Sekundarstufe, Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Grundschullandschaft schafft und Politik und Verwaltung nicht mehr im luftleeren Raum schweben lässt. Eine deutliche Reduzierung der Klassengröße wird sich in

der Qualität an unseren Grundschulen und zufriedenen Kindergesichtern wiederfinden. Auch hier sei noch einmal die Hoffnung auf eine langfristige Kontinuität genannt – unabhängig von Landtagswahlen. Wer aber glaubt, dass nun die Standortdiskussionen beendet seien, wird sich täuschen. Die demographischen Prognosen für Velbert zeigen eindeutig, dass wir auch hier in Zukunft Handlungsbedarf haben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

alle Fachleute und die Erfahrungen unterstreichen die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens. Wir haben im Velbert und Heiligenhaus zahlreiche Bildungseinrichtungen, die für alle Altersschichten zusätzliches Wissen vermitteln. Gerade diese Fülle an Angeboten von räumlichen und inhaltlich unterschiedlichen Kursen gilt es besser zu koordinieren und zu vermarkten. Wir meinen, dass es im Bereich der VHS weitere Optimierungsmöglichkeiten gibt, die es zu prüfen gilt. Aus diesem Grund haben wir einer Kürzung der VHS Zuschüsse, zwar geringer als der Verwaltungsvorschlag vorgesehen hat, zugestimmt.

Die Zentralisierung der VHS steht auch künftig im Fokus – ein Anliegen, welches wir seit Jahren verfolgen und derzeit intensiv prüfen. So hoffen wir sehr, dass in näherer Zukunft die Vielzahl der Standorte in Velbert Mitte reduziert werden kann. Dabei könnten durchaus räumlich bestehende Schwerpunkte erhalten und ausgebaut werden. Eine Zentralisierung der VHS in großen Teilen nach Umzug des Schloss und Beschlägemuseums ins Forum wird von unserer Fraktion als richtiger Schritt gesehen. Um hier aber auch Sicherheit allen Protagonisten zu bieten sollten wir nach endgültiger Beschlussfassung des Marktzentrums alle weiteren Schritte in die Wege leiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Stadt Velbert hat sich in den vergangenen Jahren im Sozial- und Jugendhilfebereich nicht nur mit ihren Pflichtaufgaben beschäftigt, sondern auch mit freiwilligen Leistungen, die besondere Bedeutung haben. Allerdings sind wir hier an unsere fiskalischen Grenzen gestoßen. Denn vor der Durchführung von freiwilligen Leistungen, müssen wir zunächst einmal vor allem auch die finanziellen Forderungen im Bereich der Pflichtaufgaben meistern. Es gilt, den Etat „im Griff“ zu behalten. Dies ist u. A. nur durch die konsequente Umsetzung eines Sozialcontrollings möglich, gemeint ist die wirtschaftliche Betrachtung von Aufgaben und deren Wirksamkeit. Aus diesem Grunde stellt die CDU-Fraktion den folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Sozialcontrolling mit Berichterstattung in den Ratsgremien einzuführen. Es dient insbesondere der Steuerungsunterstützung im finanzwirtschaftlichen Bereich und der Betrachtung von Wirksamkeit von Produkten.

Eine nachhaltige und strukturelle Änderung im Bereich des Sozialen ist nur über Bildung möglich. Nur mit entsprechendem Bildungsabschluss und mit entsprechendem eigenem Einkommen kann für viele Menschen künftig auf Transferleistungen verzichtet werden. Bildung und Soziales müssen deshalb enger zusammenrücken. Elternbildung, Elterninformation muss dort erfolgen, wo man die Eltern erreicht. Dies geschieht unter Anderen in den Kindertagesstätten oder in den Schulen. Zusätzlich gehören dazu auch die Stadtteilbüros der Stadtteilsozialarbeit. Um frühzeitig Eltern auch in schwierigen Situationen begleiten zu können und präventiv arbeiten zu können sind allerdings auch Beratungsstrukturen wie die Ehe- und Familienberatung des Kirchenkreises wichtige Angebote unserer Stadt. Die psychologische Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Familien bevor es zu einer familiären Katastrophe kommt, ist nicht nur moralisch eine Verpflichtung, sondern auch finanziellen sinnvoll. Die Explosion der Kosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung belegt das.

Trotzdem sind wir der Meinung, dass der Zuschuss an den ev. Kirchenkreis in dem von uns vorgeschlagenen Umfang verträglich umsetzbar sein muss und ja auch so von den Verantwortlichen als machbar signalisiert worden ist.

Im Bereich der Betreuung von 2- 3 jährigen bis zur Ogata werden wir uns weiter entwickeln. Wir fordern Bund und Land auf, die geforderten und zustehenden Gelder bereit zu stellen. Die vorliegenden Anträge sind bewilligungsreif.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nun komme ich zu einem mir sehr wichtigen Thema: Die Errichtung eines Shoppingcenters in Velbert Mitte.

Stillstand ist Rückschritt und wir hatten aus unterschiedlichen Gründen seit mehr als 20 Jahren in der Entwicklung unserer Einzelhandelsstruktur in Velbert Mitte „Rückschritt“. Keine Investoren. Hatten wir Investoren, hatten wir massive Proteste der unterschiedlichsten Gruppierungen aus Politik und Handel. War alles vorhanden, Investor Planung Standort etc. fehlte der Mut der Politik mit den Koalitionsmehrheiten eine Entscheidung zu treffen. Ich habe es mir selbst erspart für diese Haushaltsrede nochmals die unterschiedlichsten Projekte sei Anfang der 1980er Jahre raus zu suchen um sie hier auf zu zählen.

Meine Damen und Herren,

wir sind einer historischen Situation. Wir haben eine breite Zustimmung, nicht nur politisch in diesem Rat sondern darüber hinaus, im Einzelhandel bei den zuständigen Verbänden und in der Bevölkerung. Noch ist nicht, wie man so schön sagt, alles in „warmen Tüchern“. Aber die uns bekannten, teilweise von uns selbst gesetzten Voraussetzungen für die Erstellung und Inbetriebnahme des Marktzentrums sind auf einem guten Weg.

Hierzu gehört, neben der Aktualisierung des Einzelhandelskonzeptes ebenfalls eine Untersuchung der bestehenden und zukünftig benötigten Verkehrsinfrastruktur.

Wie wichtig Verkehrsinfrastruktur aber nicht nur für die Politik, sondern auch für die Bürger ist, zeigen alle Bürgergespräche zu diesem Thema, egal ob auf der Straße oder bei Bürgervereinen. Diesen Fingerzeig, die Verkehrsinfrastruktur unserer Innenstadt nicht zu vernachlässigen, sondern den wachsenden Bedürfnissen der Zukunft – besonders mit Blick auf die neuen Einkaufsverhältnisse - anzupassen und diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, nehmen wir gerne an. Schwerpunkte in der Verkehrspolitik zu setzen und die Notwendigkeit von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen ggf. neu zu bewerten ist unser Antrag. Diesem hat sich unsere Fraktion in der Vergangenheit verpflichtet gefühlt und wir sehen darin auch für die Zukunft ein wichtiges und großes Arbeitsfeld. Verkehrsinfrastruktur ist also für uns ein zentrales Thema, denn die wirtschaftliche Entwicklung und auch die Zukunft unseres Raumes hängen von einer gut funktionierenden und gut ausgebauten Infrastruktur ab.

Große Hoffnungen setzen wir in den zukünftigen öffentlichen Personennahverkehr, der durch die Schaffung eines Zentralen Omnibusbahnhofes eine völlig neue Verkehrsqualität erreichen kann. Die sich verändernden Verkehrsströme in der Innenstadt bieten eine Verbesserung der Verkehrsqualität für alle Teilnehmer, die wir nutzen sollten. Wie von mir und meiner Fraktion befürchtet zeigt die Verlegung des Wochenmarktes auf den Rathausplatz auf, dass das Abhandeln eines Problems an anderer Stelle Schwachpunkte aufzeigt. Parkplatzsuchverkehre, Taxistand etc. verlangen von allen Beteiligten Geduld bis zur Realisierung aller innerstädtischen Projekte.

Sorge bereitet uns zurzeit der weitere Ausbau der A44. Die Euphorie bei der Grundsteinlegung und dem damit verbundenen Baubeginn folgt eine Ernüchterung wenn man der Presse darstellung folgt. Weiter zu erwartende Klagen vor Gerichten kann die Fertigstellung verzögern aber hoffentlich nicht verhindern. Wir sind weiterhin optimistisch dass der Autobahnabschnitt in einem überschaubaren Zeitraum fertiggestellt wird. Wir brauchen den Anschluss an die Rheinschiene für unsere wirtschaftliche Entwicklung.

Die CDU-Fraktion steht für eine solide Haushaltspolitik und Berechenbarkeit. Der letzte als auch der vorliegende Doppelhaushalt stellt nicht nur für die Verwaltung eine große Herausforderung dar, sondern auch für die Politik und damit für die ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrates. Gemeint ist hier nicht nur die Fleißarbeit des Lesens, sondern vor allem die Disziplin in der Sache. Ich freue mich, dass die Fraktionen der CDU, SPD und FDP die Verantwortung für den Haushalt tragen und im Vorfeld konstruktiv verhandelt konnten.

Unser Ziel weiter Sparpotentiale auszuschöpfen und trotzdem unsere Stadt nicht „kaputt“ zu sparen sondern Lebenswert zu erhalten ist, so glaube ich, wenn auch der Eine oder Andere Betroffene dies anders sehen wird, gelungen

Sehr geehrter Herr Kämmerer,

unser besonderer Dank gebührt Ihnen und Ihren Mitarbeitern. Sie haben alle hervorragende Arbeit geleistet. Der Doppelhaushalt 2012/2013 ist ein guter Haushalt und wird ein noch besserer mit unseren Änderungsanträgen. Er zeigt Perspektiven auf, stellt Weichen für die Aufgaben der Zukunft, die wir mit Mut und Zuversicht angehen werden.

Vielen Dank!

Wolfgang Werner, Vorsitzenden der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gestalten statt kürzen!

„Was für ein schöner Sonntag“ rief der neu gewählte Bundespräsident Joachim Gauck allen Menschen in Deutschland zu und meinte damit sicher auch die Überwindung der Krise in unserem Staatswesen.

Wie wundervoll wäre es, wenn auch wir in Velbert einmal sagen könnten, „Was für ein schöner Tag“ und damit die Überwindung der Finanzkrise unserer Gemeinde verkünden dürften. Leider sind wir, das ist uns, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern bewusst, leider sind wir von diesem Ziel noch Meilen entfernt. Um wieder bergauf fahren zu können müssen wir erst einmal die rasante Talfahrt der städtischen Finanzen stoppen. Durch die wirtschaftliche Entwicklung ist es gelungen, den Anstieg der Neuverschuldung zu bremsen. Vom Abbau der Verschuldung und von einer, wie man früher sagte „freien Spitze“ sind wir noch Jahre entfernt. Das Haushaltssicherungskonzept sieht für 2017 erstmalig ein positives Haushaltsergebnis von 1 Millionen Euro vor, wenn, ja wenn die Entwicklung so weiter geht, wie angenommen. Nur, was sagte schon Winston Churchill: „Planung ist der Ersatz des Zufalls durch den Irrtum“. Die Finanzkrise von 2008-2010 und ihre Auswirkung auf die VELBERTER Finanzen ist für diesen Irrtum ein trauriges Beispiel.

Ich gebe ja zu, auch ich habe in der Vergangenheit geglaubt, dass sich die Situation bessert und die Probleme der Stadt durch das Wachstum der Einnahmen ausgeglichen würden. Ich muss zugeben, diese positive Sicht der Dinge hat sich nicht bewahrheitet. Velbert hat keinen Anschluss an die Rheinschiene gefunden, die Velberter Wirtschaftsstruktur ist trotz aller anerkennenswerter Bemühungen immer noch nicht auf dem Stand eines modernen Wirtschaftsmixes. Was nicht heißt, dass wir nicht sehr moderne und erfolgreiche Unternehmen haben. Es sind nur zu wenige. Die Gewerbesteuererinnahmen bleiben, trotz hoher Hebesätze, weit hinter denen einer großemäßig vergleichbaren Stadt wie Ratingen zurück.

Wir alle kennen diese Tatsachen und wir alle haben immer wieder betont, daraus unsere Entscheidungen abzuleiten. Nur, wenn es dann ans Eingemachte geht, wenn Ausgaben betroffen sind, die die eigene Klientel betreffen, dann verlässt uns schon mal der Mut und wir ziehen uns auf unsere eigene Position zurück.

Die SPD in Velbert stellt sich der Verantwortung. Wir werden dem Doppelhaushalt 2012/13 zustimmen, auch wenn wir ganz und gar nicht mit allen dort vorgesehenen Kürzungen und sonstigen Veränderungen einverstanden sind. Joachim Gauck sprach am Ende seiner Wahlrede und am Anfang seiner ersten Rede als Bundespräsident von „unserem Land“ für das wir alle Verantwortung tragen. Genau das ist es, was die SPD dazu gebracht hat, mit anderen Fraktionen zusammen einen Arbeitsplan zu entwickeln, der darauf ausgerichtet ist, Velbert fit zu machen für die Zukunft. Velbert ist unsere Stadt. Sozialdemokraten haben sowohl in den ehemaligen selbstständigen Städten, als auch in der neuen Stadt Velbert an verantwortlicher Stelle mitgewirkt und sich für dieses Gemeinwesen eingesetzt. Das Wohl der Bürgerinnen und Bürger stand dabei immer im Vordergrund. Und dieses Wohl, vor allem das der nachfolgenden Generationen, erfordert

es, die Finanzen in Ordnung zu bringen und gleichzeitig gewachsene, dringend notwendige Strukturen nicht zu zerschlagen, eben zu gestalten statt zu kürzen.

Unsere Zusammenarbeit soll dabei weit über den Haushalt 2012/13 hinausgehen. Wir von der SPD sehen auf vielen Gebieten notwendigen Handlungsbedarf und möchten durch unsere Ideen mit dazu beitragen, Velbert zukunftssicher zu machen, laden dazu aber alle ein, mitzugestalten.

1. Velbert braucht eine verbesserte Wirtschaftsstruktur.

Dazu benötigen wir Flächen, die so attraktiv sind, dass es uns ähnlich den Städten im Südkreis gelingt, neue Gewerbebetriebe in Velbert anzusiedeln. Die A44, die hoffentlich trotz aller Probleme bald kommt, erleichtert die Anwerbung von Unternehmen und sie wird auch

die bestehenden Betriebe stärken. Das Gewerbegebiet Röbbbeck liegt relativ verkehrsgünstig. Es wäre gut, wenn es gelänge, diese Fläche in Richtung A44 zu erweitern, hier wollen wir uns bei der Bezirksregierung dafür einsetzen, den topographisch schwer zu erschließenden Niederbergischen und Bergischen Städten einen Flächenbonus im neuen Regionalplan einzuräumen.

Manche Kommunalpolitiker sagen, dass die Gewerbesteuer ein wesentlicher Entscheidungspunkt bei der Ansiedlung von Gewerbebetrieben sei. Ich persönlich glaube dies nicht. Für mich passt dies genauso wenig, wie die Überlegung, ein Häuslebauer ließe sich von der Grundsteuerhöhe darin beeinflussen, wo er sein Heim baut. Beides sind allenfalls marginal wirksame Argumente. Wir von der SPD hätten uns deshalb auch eine Erhöhung der Steuersätze um 5-10 Prozentpunkte vorstellen können, um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts schneller erreichen zu können.

Die höhere Vergnügungssteuer hat für uns vor allem ordnungspolitische Bedeutung. Ihr finanzielles Potenzial ist ein erfreulicher Nebeneffekt. Neben dem Haushaltsausgleich könnten die durch höhere Steuern freiwerdenden Mittel auch dafür eingesetzt werden, die Verkehrsinfrastruktur in Velbert zu verbessern. Allerdings sind wir auch davon überzeugt, dass viele Verbesserungen, gerade im öffentlichen Personennahverkehr auch kostenneutral, allein durch bessere Organisation erreicht werden können. Nach Auffassung der Sozialdemokraten muss der ÖPNV in Velbert quasi neu erfunden werden. Die sehr schlechten Verbindungen auf einzelnen Destinationen, z.B. zwischen Langenberg und Velbert-Mitte sind einer schlechten Gesamtkonzeption geschuldet, die das große Ganze aus dem Auge verloren hat. Schnelle Verbindungen von A nach B und in die umliegenden Ballungszentren sind für unsere Stadt überlebenswichtig. Eine Schnellbusverbindung nach Düsseldorf muss ein erster Schritt sein, um später auch wieder eine SPNV Verbindung zwischen Velbert und Düsseldorf zu realisieren. Hier gibt es ja bereits erste Gespräche zwischen der Landeshauptstadt, dem Kreis Mettmann, den Städten Wülfrath und Heiligenhaus und der Rheinbahn, um diese Projekt auf die Gleise zu bringen, wir werden das weiterhin positiv begleiten und interfraktionell weiter beraten.

Der zentrale Omnibusbahnhof muss deshalb spätestens zusammen mit dem neuen Marktzentrum eröffnet werden, genauso, wie der neu gestaltete Offersplatz. Letzterer kann nach unserer Überzeugung auch mit geringen Veränderungen gewaltig an Attraktivität gewinnen.

2. Velbert braucht eine attraktive Schullandschaft.

Die Ausstattung mit Bildungsmöglichkeiten macht eine Stadt attraktiv für Menschen, die sich in einer Stadt ansiedeln wollen. Wir brauchen junge, gut ausgebildete Leute, wenn wir unsere Wirtschaftsstruktur verbessern wollen. Abgesehen davon bringen diese Einwohner der Stadt auch noch einen höheren Anteil an der Einkommenssteuer, was sich ebenfalls positiv auf die Stadtfinanzen auswirkt. Wer einen Wohnort, eine neue Lebensumwelt sucht, entscheidet als junge Familie oft danach, wo die Kinder beste Chancen haben. Velbert ist es gelungen mit Hilfe von Bund und Land über das Konjunkturprogramm die Schulgebäude in einen guten Stand zu versetzen. Die 48 Millionen sind und waren gut angelegtes Geld. Jetzt wird für die Zukunft die Frage anstehen, welche zukunftssträchtigen und leistungsfähigen Schulformen in den Gebäuden Platz finden. Wir Sozialdemokraten lassen uns dabei vom Motto der Rot-Grünen - Landesregierung leiten: Kein Kind darf zurückbleiben.

Wir haben den Eindruck, dass zusammen mit einer großen Mehrheit im Rat auch in Velbert ein Schulkonsens gefunden werden kann, der das Hick-Hack der letzten Jahre beendet und jedem Kind in Velbert beste Chancen bietet. Unsere Maxime aus den Haushaltsplanberatungen 2010/11: Keine Schulschließung aus finanziellen Gründen und jedem Ortsteil seine weiterführende Schule ist inzwischen gelebte Politik in Velbert.

Wir sind froh, dass es gelungen ist, die Kürzungen bei der VHS auf 4000 Euro zu reduzieren. Wir sind sicher, dass dies ohne Qualitätsverlust bei der VHS machbar ist. Die Überlegungen, durch größere Zentralisierung die Qualität bei der Kunst- und Musikschule, bei der Volkshochschule und bei den Büchereien zu erhöhen, bei gleichzeitiger Reduzierung der Kosten unterstützen wir ausdrücklich. Nach fast 40 Jahren einer einheitlichen Stadt kann Kirchturmdenken in allen Bereichen außen vor bleiben.

Es ist uns Sozialdemokraten nicht leicht gefallen, der Beibehaltung der Mehrkinderregelung in Kindertagesstätten und bei den offenen Ganztagschulen zuzustimmen. Lieber wäre es

uns gewesen, wenn für alle Kinder der Elternbeitrag entfallen könnte. Dies bleibt auch unser Ziel. Bei der derzeitigen Haushaltssituation aber können wir nur die vom Land übernommenen Beiträge den Eltern erlassen. Damit bleibt es in Velbert bei der bisherigen Regelung, nach der maximal für ein Kind in einer Familie ein Elternbeitrag gezahlt werden muss.

3. Velbert braucht ein blühendes Kulturleben.

Im Wettbewerb der Städte um attraktive Unternehmen und gut ausgebildete Menschen spielt die Kultur eine wichtige Rolle. Als weicher Standortfaktor gleich neben der Schule zieht ein blühendes Kulturleben wichtige Bevölkerungsgruppen an. Wir Sozialdemokraten werden deshalb darauf achten, dass die Kürzungen im Kulturhaushalt der Stadt auf keinen Fall zu einem Rückgang der kulturellen Vielfalt in Velbert führen. Alle kulturtragenden Personen, Vereine und sonstigen Organisationen sind wichtig. Die Mittel sollen deshalb auch entsprechend verteilt werden.

4. Velbert ist eine soziale Stadt.

Die von unseren Vorgängern betriebene städtische Wohnungspolitik ist dafür ein beredtes Zeichen. Genauso, wie wir als SPD uns dafür eingesetzt haben, dieses Stück Velberter Sozialpolitik nicht aufzugeben, genauso werden wir uns dafür einsetzen, auch in anderen sozialen Bereichen Leistungen beizubehalten, auch wenn diese sog. Freiwillige Ausgaben sind. Durch die gelungene Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, d.h. der Überwindung des Nothaushaltes, sind wir nicht mehr gezwungen, jede freiwillige Leistung aufzugeben. Wir können wieder besser wählen, wo wir die notwendigen Einsparungen erreichen wollen.

Die ab 2013 eingeplanten Kürzungen bei den Seniorentreffs um weitere 22000 Euro halten wir für nicht umsetzbar, ohne dass Strukturen zerbrechen, d.h. ohne dass Einrichtungen geschlossen werden müssen. Wir werden daran arbeiten, durch Umstrukturierung die ausreichende Finanzierung der Tagesstätten auch in Zukunft zu sichern.

Uns freut, dass es gelungen ist, die Kürzungen bei der Ehe- und Lebensberatung der evangelischen Kirche zurückzufahren auf 3000 bzw. 6000 Euro. Ein Betrag, der laut Aussage des Trägers nicht mehr zur Schließung der Einrichtung führt. Die wichtigen Landesmittel bleiben damit erhalten und die Beratung kann fortgeführt werden. Dieses Ergebnis ist zusammen mit dem Träger erzielt worden, was ein Beispiel sein kann für andere, notwendige Veränderungen.

5. Velbert braucht Unterstützung

Ich kann es mir nicht verkneifen noch einmal auf die dringend notwendige Reform der Gemeindefinanzen hinzuweisen. So sehr wir uns auch vor Ort bemühen, ohne einen Ausgleich zwischen Bund, Land, reichen Städten und solchen Kommunen, die ohne Hilfe nur schwerlich ihre Finanzen in Ordnung bringen können wird es auf Dauer nicht gehen.

Der Ansatz des Stärkungspakts Stadtfinanzen des Landes NRW ist hierbei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Auch die Überlegungen zum Umbau des Solidarpakts, nicht nach Himmelsrichtung sondern nach Bedürftigkeit der Kommunen sind wichtig.

Warum kann eigentlich das, was europaweit zu funktionieren scheint, nicht auch innerhalb eines Staates geschehen? Joachim Gauck hat auch auf die soziale Verpflichtung des Staates hingewiesen. Die Städte tragen die sozialen Lasten anteilmäßig mehr als Bund und Land.

Wir scheuen auch keine Auflagen, wie sie mit der Vergabe der Sondermittel des Landes an notleidende Städte vor allem im Ruhrgebiet verbunden sind. Wir sind der festen Überzeugung, dass die in Velbert getätigten Ausgaben für die Sozialpolitik einer Überprüfung auf Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit jederzeit standhalten. Leider gingen die Mittel dieses Mal an Velbert vorbei, was leider nicht an der besseren finanziellen Situation Velberts gegenüber mancher Ruhrgebiets- oder Bergischen Großstadt liegt. Velbert ist leider eingeklemmt zwischen zwei Fördergebieten, dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Städtedreieck und we-

sentliche Fördermittel fließen gewollt an uns vorbei, direkt an der Stadtgrenze, im Norden nach Essen und im Osten nach Wuppertal. Hier ist dringend Veränderung geboten.

6. Velbert hat Zukunft

Trotz aller Probleme sollten wir nicht übersehen, dass in Velbert auch kräftig investiert wird. Neues Gewerbe entsteht, zum Teil auch mit finanzieller Unterstützung der Stadt, die bei der Planung und Erschließung in vielen Fällen in Vorleistung geht.

Das neue Marktzentrum wird zur Verbesserung des Einzelhandels in Velbert-Mitte beitragen, genauso wie der bereits angesiedelte Kaufland an der Friedrichstraße, der die Oberstadt beklebt, ein Projekt, das die SPD immer vorangetrieben hat.

Vielleicht gibt es ja auch mal einen ehrlichen Entwickler des ehemaligen Hertie-Kaufhauses und nicht nur heiße Luft. Dann würde die Oberstadt noch stärker ein weiterer Schwerpunkt des Velberter Handels, wobei das geplante Edeka-Centers an der Sontumer Straße sicher mit in diese städtebauliche Überlegung passt.

Der Verzicht auf die Gebühren für die Außengastronomie ist ein weiterer Schritt, die Fußgängerzone in Velbert-Mitte und die Innenstadtkerne von Velbert-Langenberg und Velbert-Neviges stärker zu beleben. Und dazu sind natürlich auch die Privaten gefragt, das Heft in die Hand zu nehmen. In Langenberg hat ja gerade der Künstler Norbert Bauer Initiative bewiesen und versucht dem ehemaligen ALDI in Langenberg künstlerisches Leben einzuhauhen, oder die Wiederbelebung der ehemaligen Postlehrstätte durch ein privates Internat. Diese und andere Schritte werden wir unterstützen und sind sicher, dass dies auch durch die Stadtverwaltung geschieht.

Die Neugestaltung des Bürgerhauses in Langenberg und des Schlosses Hardenberg sind durch die entsprechende Mittelbereitstellung jetzt abgesichert.

Fehlen in Neviges nur noch die für Langenberg bereitstehenden Landesmitteln, die beim Schloss genauso notwendig sind, die dafür notwendigen städtischen Mittel sind in diesem Haushalt vorgesehen.

Die Liste ließe sich weiter führen, wenn man z.B. auch die Technischen Betriebe in Velbert in die Betrachtung mit einbezieht, die, um nur ein Beispiel zu nennen, auch die Umwandlung der ehemaligen GTV in Langenberg in ein attraktives Wohngebiet betreibt, oder die touristische Verbindung von Langenberg und dem Baldeneysee mit einem Radweg.

Gerade das Thema Nahtourismus muss als Chance für die gesamte Stadt, aber besonders für die beiden Stadtteile Langenberg und Neviges gesehen werden, der Panoramaradweg ist nach einem Jahr Betrieb bereits stark angenommen, genauso wie der Waldkletterpark in Langenberg. Die Aufgabe der VMG soll hierzu hinterfragt werden und klare und messbare Ziele müssen für die städtische Marketinggesellschaft festgeschrieben werden.

Das Thema erneuerbare Energien ist für die SPD nicht erst seit Fukushima ein Thema. Nehmen wir die Energiewende ernst, müssen auch in Velbert erneuerbare Energien erzeugt werden und natürlich auch eingesetzt werden. Dies ist aber auch eine große Chance für unsere Stadt. Elektromobilität kann für Verwaltung und Stadttöchter ein interessantes Thema sein, die Gewinne aus dem Betrieb von Windrädern werden heute leider nur von Privaten gemacht, nicht von der Kommune. Dies soll nicht bedeuten, dass wir Windräder im gesamten Stadtbereich zulassen wollen, aber einzelne Bereiche der Stadt bieten sich für die Energieerzeugung aus Windkraft geradezu an. Der Kreis Mettmann ist uns hier weit voraus, in dem er die Dächer seiner eigenen Gebäude für die Erzeugung von Solarenergie nutzt.

7. Velbert muss bürgernah bleiben

Die Personalausstattung der Stadtverwaltung muss weiter optimiert werden. Uns ist klar, dass es die ehemals vielleicht vorhandenen „windstillen Ecken“ in einer modernen Stadtverwaltung, wie der in Velbert, nicht mehr gibt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, egal ob Beamte, Angestellte oder Arbeiter, leisten genauso viel und sind genauso effektiv wie ihre Kolleginnen und Kollegen in der sog. freien Wirtschaft. Man wird aber weiter überlegen müssen, ob der Rahmen, innerhalb dessen die Verwaltung arbeitet, überarbeitet und im Sinne von Entlastung verändert werden kann.

Ziel ist eine schlanke Verwaltung, die ihre vorgegebenen Aufgaben mit effektivem Aufwand erledigt, ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in das Burn-Out zu treiben. Betriebsbedingte Kündigungen lehnen wir auch weiterhin ab.

Verwaltung muss bürgernah arbeiten, Kommunalpolitik aber auch. Nur mit bereiter Unterstützung der Bürgerschaft wird es gelingen, notwendige

Umgestaltungen vorzunehmen. Deshalb halten wir die Bezirksausschüsse für dringend notwendig, zumindest, solange uns kein besseres Modell vorgestellt worden ist. Wir sind deshalb gegen den ab 2015 vorgesehenen Verzicht auf dieses Instrument bürgerschaftlicher Mitarbeit. Im Gegenteil könnten wir uns vorstellen, die BZAs mit mehr Kompetenz in Richtung Bezirksvertretung auszustatten und damit das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Dies könnte den Rat und seine weiteren Ausschüsse entlasten und damit zu Einsparungen führen, die dem angenommenem Sparpotential der Haushaltsplanung gleich kommt.

Der Bundespräsident Joachim Gauck fragte in seiner Antrittsrede „Wie kann es noch aussehen, dieses Land, zu dem unsere Kinder und Enkel "unser Land" sagen sollen?“.

Auf Velbert bezogen Wie kann die Stadt aussehen, zu der unsere Kinder und Enkel „unsere Stadt“ sagen?

Ich weiß es nicht, weil diese Stadt eins sicher nicht werden wird, ein statisches Gebilde, das man heute schon genau beschreiben könnte.

Ich weiß aber, dass wir alle, die wir jetzt politische Verantwortung tragen, nicht kurzfristig denken dürfen. Wir müssen unseren Nachfolgern die Möglichkeit lassen, selbst ihren Weg zu gehen. Das Wichtigste dabei sind solide Finanzen. Trotz des über 20 Millionen Euro geplanten Defizits für 2012 und 2013 ist der Doppelhaushalt ein weiterer Schritt hin zu einer soliden Finanzpolitik.

Der ein oder andere wird sagen, der Schritt sei zu klein, anderen erscheint er vielleicht nicht in der richtigen Richtung. Ich habe versucht, deutlich zu machen, dass es für mich nicht den einen, absoluten Weg gibt, sondern nur den Kompromiss. Je mehr Kolleginnen und Kollegen bereit sind, mit zu gestalten, umso besser. Nur, es geht nicht, ohne am Ende auch die Verantwortung zu übernehmen.

Wir Sozialdemokraten übernehmen Verantwortung für unsere Stadt. Noch kann niemand sagen „Was für ein schöner Tag“, aber wenn wir uns bemühen, werden wir es schaffen.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2012-2013 zu.

Dr. Esther Kanschat, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Pressevertreter

Ich werde mich in der Kürze der Redezeit auf die folgenden Schwerpunkte konzentrieren: Einkaufszentrum, Schulkonzept und das Demokratieverständnis in Velbert.

Das Thema Einkaufszentrum ist das perfekte Beispiel um aufzuzeigen, wie konzeptlos, bürgerfern und dreist hier in Velbert Politik gemacht wird.

Wir warnen seit langem, dass das geplante Einkaufszentrum für Velberts Innenstadt überdimensioniert ist. Das stimmt aber gar nicht. Wenn der ganze mittlere Teil der Friedrichstraße zugemacht wird, dann passt es von der Größe sehr wohl. Aber dass es zu Schließungen in der Innenstadt kommen wird, haben Sie alle am Anfang bestritten. Sie behaupten immer noch, dass das Gutachten Innenstadtvträglichkeit bescheinigt. Wohl wissend, dass jeder darunter versteht, der jetzige Bestand würde nicht gefährdet. Aber das heißt es ja gar nicht. Aber genau das ist der Punkt, der den Bürger interessiert.

Jetzt räumen Sie mittlerweile Schließungen ein, und weisen darauf hin, dass man sich für den Fall dann etwas überlegen muss. Nein, so etwas muss man vorher überlegen, ein Konzept entwickeln wie man dem Aussterben begegnen will und das dann den Bürgern vorstellen. Sie hingegen verschweigen die wichtigsten Details, wie die zu erwartenden Leerstände und die Verkehrsführung durch die Bahnhofstrasse bis zum Schluss, um möglichst wenige Bürgerbeschwerden zu erhalten.

Sie geben ein über viele Jahre verfolgtes, von allen Fraktionen als sehr wichtig eingestuftes Ziel, nämlich die Zentralisierung der VHS, einfach auf. Das nur, um einen Mieter für das Forum zu haben, damit der Museumsumzug irgendwie fast kostenneutral dargestellt werden kann und Ladenlokalbesitzer in der Corbygasse mit Klagemöglichkeit gegen das Zentrum, schustern Sie einen soliden Mieter mit der VHS zu, damit diese ruhig gestellt werden. Das ist nicht nur konzeptlos, sondern zerschlägt eines der wenigen Konzepte die wir in Velbert hatten, einen gemeinsamen Standort für die VHS zu schaffen.

Die Gelder aus dem Verkauf der Grundstücke am Forumsplatz, die wir in der momentanen Haushaltssituation für die Konsolidierung benötigen, investieren sie als „versteckte Subventionen“ in ein Parkhaus, dessen Renovierung recht weit hinten auf der „Things to do“-Liste gestanden hat, nur damit der Betreiber des Einkaufszentrums mehr Einzelhandelsfläche bauen kann und seine Rendite höher ausfällt. Uns wäre die Sanierung des städtischen Haushaltes wichtiger gewesen.

Die erste sehr negative Auswirkung, die den Velbertern sicher nicht bewusst ist, ist die nicht Wiederbelebung des Hertie-Gebäudes. Die neuen Käufer hätten nicht solche Schwierigkeiten bzw. hätten sicher Mieter für Ihr Projekt gefunden, wenn da nicht ein dermaßen großes, neues Einkaufszentrum entstehen würde. Nun müssen wir uns auf Dauer mit einem weiteren Schandfleck abfinden. So wird die Stadt weder schöner noch attraktiver.

Transparenz für den Bürger, lange verfolgte Ziele, Stadtentwicklung im Ganzen und Haushaltssanierung rücken in den Hintergrund, wenn sie nur ihr Einkaufszentrum-Räppelchen bekommen.

Zum Schulkonzept: Die Anmeldungen an der Hauptschule, reichen wieder mal nur gerade für einen Zug. Es müssen wieder knapp 80 Schüler an der Gesamtschule abgelehnt werden. Mehr als sich an der Heinrich-Kölver-Schule angemeldet haben. Und nur, weil sie keine Courage haben, sich nicht trauen eine Elternbefragung durchzuführen, weil sie dann dazu gezwungen werden könnten den Elternwillen zu erfüllen! Nur deshalb können wieder viele Velberter Kinder nicht an die Schule, zu der sie gerne gehen würden. Und noch viel schlimmer, viele müssen zu der Schulform wechseln, von der fast alle Bürger mittlerweile überzeugt

sind, dass man mit einem dort erworbenen Abschluss keine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt mehr hat.

Der Elternwille / Bürgerwille sollte für uns als Vertreter der Bürger das Wichtigste sein, den es umzusetzen gilt. Dieser Politikstil geht an der Form von Demokratie vorbei, wie wir sie uns vorstellen. Damit wären wir bei unserem nächsten Thema.

Demokratievorstellung und Velberts Politik scheinen viel zu häufig diametrale Positionen einzunehmen.

Außer Velbert Anders und uns hätten alle anderen Fraktionen gerne auf die Haushaltsreden verzichtet. Ein demokratischer Vorgang der einen Austausch an Meinungen darstellt und die Begründung für politische Entscheidungen liefert. Sie wollen sich offensichtlich nicht mehr in der Öffentlichkeit mit der Meinung der anderen Fraktionen auseinandersetzen, aber genau das macht die Demokratie aus!

Der BM ist in seiner Haushaltsrede so vermessen und unverhohlen wie noch nie. Er droht uns, dem höchsten Gremium einer Kommune, Konsequenzen an, nämlich weitere BZAs einzurichten, wenn wir seinem Konzept nicht folgen. Er gibt vor, welche Parteien seiner Meinung nach doch dem Haushalt zustimmen mögen und degradiert die kleineren Parteien als unwichtig (in einer Demokratie sind alle gleich). Aber er kann sich das hier in Velbert auch erlauben, da die politischen „Schwergewichte“ SPD und CDU so davon besessen sind mitzugestalten, dass sie gar nicht merken, dass sie nur noch als Marionetten fungieren.

Wenn ich sehe, was die beiden großen Parteien in den letzten Wochen mit sich und dem Haushalt gerungen haben, dabei die meisten Fachausschüsse zur Farce gemacht haben, indem die Haushaltsentscheidung, welche den Grundstein für die nächsten zwei Jahre legt, einfach übergangen wurden und als Krönung auch noch eine Sondersitzung einberufen lassen und damit unsere Zeit und unser aller Geld verschleudern, nur weil man sich innerhalb von vier Monaten nicht hat einigen können. Unter solchen Umständen scheint es auch eine gute Idee zu sein, Doppelhaushalte vorzulegen. Denn die meisten Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen scheinen ja sowieso überflüssig.

Trotz der Kürze darf der Dank an die Mitarbeiter der Kämmerei für die geleistete Arbeit nicht fehlen; Obwohl, zum einen waren wir gegen einen Doppelhaushalt, da diese originäre Aufgabe des Rates sich immer an der aktuellen Situation der Stadt orientieren sollte - und diese hat sich ja in den letzten Jahren öfters innerhalb von mehreren Monaten geändert. Aber das ist Ihnen allen ja zu viel Arbeit.

Zum anderen sind die Erklärungen zu den Haushalten immer weniger geworden, obwohl wir gerade durch die Umstrukturierung der Verwaltung eher mehr Zusatzinformationen benötigt hätten. Das hat zur Folge, dass der Haushalt eigentlich nicht mehr nachvollziehbar ist, aber das stört hier ja kaum jemanden und ist wahrscheinlich von der Verwaltungsspitze auch so gewollt. Das alles ist beklagenswert, kann aber nicht den Mitarbeitern der Kämmerei angelastet werden. Deshalb, vielen Dank für Ihre geleistete Arbeit!

Wir lehnen den Haushalt ab!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

August-Friedrich Tonscheid, Vorsitzender der Fraktion Velbert anders

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wieder einmal wurde vor dieser Haushaltsberatung der Wunsch einiger Fraktionen laut, auf die Haushaltsreden zu verzichten und lediglich das Manuskript dieser Reden zur Niederschrift zu geben.

Ich halte dieses Ansinnen für sehr durchschaubar, denn wie will die Haushaltstroika bestehend aus CDU, SPD und FDP ihr Werk „gestalten statt kürzen“, den Bürgern verkaufen. Ich muss gestehen, ich hätte damit auch absolut Schwierigkeiten.

Dies ist ein Grund dafür, dass ich, wie schon in den Vorjahren, darauf bestanden habe, die Rede vorzutragen, da ich der Meinung bin, dass die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden – immer noch – zur Haushaltsverabschiedung gehören wie das Salz in der Suppe, bin aber auch der Meinung, dass die Verwaltungsspitze und die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen hören sollten, was ich für unsere Fraktion zu sagen habe. Im Umkehrschluss würde ich aber auch gerne die Ausführungen meiner Kolleginnen und Kollegen hören

Als letztes Argument wird dann immer die Zeit angeführt. Dazu kann ich nur sagen, Demokratie kostet Geld, aber sie kostet auch Zeit.

Vor diesem Hintergrund komme ich nun zu meinen Ausführungen.

In seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2012/2013 hat unser Bürgermeister die Frage gestellt: „Was bedeutet für Sie Zukunft?“

Dann führt er aus, dass der vorliegende Entwurf von Mut geprägt ist, nämlich dem Mut, den strikten Sparkurs fortzuführen und die strikte Ausgabendisziplin fortzusetzen.

Im gleichen Atemzug bedankt sich unser Bürgermeister für den Mut der Ratsmitglieder, die dem größten Sparpaket in der Geschichte unserer Stadt zugestimmt haben und damit die Zukunft unserer Stadt erst ermöglicht haben.

Zitat: Damit haben wir das Vertrauen der Aufsichtsbehörden wieder gewonnen. Dort hat man gemerkt, dass man es in Velbert ernst meint mit dem Sparen und sich nicht wie anderswo auf Sonntagsreden und das Bauen von Luftnummern beschränkt.

Die Antwort auf die Frage des Bürgermeisters: Was bedeutet für Sie Zukunft, müsste dann logischerweise lauten: **Weiter so, sparen mit Augenmaß um die städtischen Finanzen auf eine solide Basis zu stellen.**

Der Mut hat die Troika dann aber wohl verlassen.

Wohlgemerkt müsste, denn nunmehr freut sich unser Bürgermeister mit der „Haushaltstroika“, über einen Haushalt, der von der Behebung unserer massiven Strukturprobleme weit entfernt ist, der beschlossenes Einsparvolumen in Frage stellt und mit einer gebündelten Masse von Konjunktiven den Eindruck erwecken will, seriös zu sein.

Interessant dabei ist, dass die Einnahmeerhöhungen des letzten Haushaltes, die zu einer höheren Belastung aller Velberter Bürger geführt hat, in dem Papier der „Troika“ mit keinem Wort erwähnt wird

Wir liegen daher bei der Grundsteuer B gleichauf mit der Stadt Düsseldorf und sind im Kreis Mettmann der Hebesatzspitzenreiter.

Man kann mit Fug und Recht sagen, dass es wieder einmal der Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger ist, der den Haushalt retten soll.

Ursache für diesen Sinneswandel ist wohl der Jahresabschluss 2011, der um 14,3 Millionen Euro besser ausgefallen ist, als prognostiziert. Zwar besser, aber immer noch hochgradig defizitär.

Nunmehr zu glauben, nein zu suggerieren, dass nun Einsparungen der Vergangenheit korrigiert werden können, zeugt von Ahnungslosigkeit, denn wie sagt das Gesetz zur Änderung

der Gemeindeordnung, dass der Landtag am 18.5.2011 beschlossen hat und durch das dieses Haushaltssicherungskonzept erst genehmigungsfähig wird.

Nach der Änderung des § 76 Abs. 2 GO ist die Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten nunmehr zulässig, wenn spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgenden Jahr der Haushaltsausgleich nach §75 Absatz 2 GO wieder erreicht wird.

Vor diesem Hintergrund und der schon vom Herrn Bürgermeister aber auch von Wirtschaftsexperten prognostizierten Abkühlung des Wirtschaftswachstums, zu glauben, dass die Entwicklung so weiter gehen wird wie im Jahr 2011 ist fahrlässig.

Denn zur Genehmigungsfähigkeit von Haushaltssicherungskonzepten nach der Änderung der GO wird Folgendes ausgeführt:

Machbare Haushaltssicherungsmaßnahmen dürfen nicht auf zukünftige Jahre verlagert werden.

Ebenso bleibt der Konsolidierungszeitraum verbindlich, der Endzeitpunkt kann nicht verschoben werden, d.h., dass der Haushalt der Stadt Velbert schon bei den geringsten Veränderungen und bei den Risiken die dieser Doppelhaushalt enthält, sehr schnell den angestrebten Zeitpunkt des Haushaltsausgleichs nicht einhalten können.

Aber wie war das noch: **man freut sich**, die Frage ist nur, worauf?

Wie die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, aber auch die Verwaltungsspitze und die verbleibende Politik – außerhalb der Haushaltstroika – Vertrauen zu diesem potemkinschen Haushalt entwickeln sollen bleibt ungeklärt. Apropos Vertrauen, wie soll man Vertrauen aufbauen können, wenn Positionen, die im Doppelhaushalt 2010/2011 von den Fraktionen festgeschrieben wurden, schon ca. 1,5 Jahre später von zwei Verhandlungspartnern verworfen werden, Zusagen nicht eingehalten werden und ein neuer Partner gesucht und gefunden wird, der sich noch wundern wird, wie versprochene Positionen sich in Schall und Rauch auflösen wenn das vermeintliche Ziel erreicht wurde.

Man muss sich mit dieser üblen Taktik abfinden allerdings tolerieren und verstehen muss man das nicht.

Nun muss man sich den Titel dieser Haushaltstroika nochmals verinnerlichen:

Gestalten statt kürzen.

Diese Gestaltung kann uns nur schneller an den Abgrund, sprich die Überschuldung, führen. Wenn nur die Gewerbesteuer, die im Ansatz für das Jahr 2012 höher als im Jahr 2011 angesetzt wird, rückläufig ist, wird man und man heißt dann CDU, SPD und FDP Maßnahmen beschließen müssen, die mit „Gestalten“ absolut nichts mehr zu tun haben.

Aber wie war das noch? **Man freut sich!**

Ein nicht zu kalkulierendes Risiko sind auch die Kassenkredite. Waren diese Kredite ursprünglich zur Beschaffung kurzfristiger Liquidität gedacht, entwickeln sie sich schon seit geraumer Zeit zu einem Finanzierungskonzept, dass sich von diesem ursprünglichen Zweck immer weiter entfernt.

Die Kassenkredite die laut unserem Bürgermeister in absehbarer Zeit die 100 Millionengrenzen überschreiten werden, sind eine tickende Zeitbombe, die bei Zinserhöhungen alle Planungen über den Haufen werfen können. Diese Zeitbombe ist der Troika entweder nicht bekannt oder sie wird einfach ignoriert.

Nur zur Erläuterung: die Kredite der Stadt Velbert belaufen sich derzeit auf ca. 155 Mio. €, zuzüglich Kassenkredite von derzeit ca. 90 Mio. €, also zusammen ca. 245 Mio. € zuzüglich der Kredite bei den städtischen Töchtern. Eine dramatische Verschuldung, die Grund genug sein müsste den eingeleiteten Sparkurs weiter fortzuführen.

Ich möchte hier nur darauf hinweisen, dass im Jahr 2009 – durch die Folgen der Wirtschaftskrise – eine Erhöhung des Haushaltsfehlbetrages um € 14,5 Mio. zu verzeichnen war. (Maßgeblich war hier der enorme Rückgang der Gewerbesteuer)

Das beabsichtigte Einsparvolumen wurde im Jahr 2011 auch nicht erreicht. Diese eventuellen Risiken zusammengefasst könnten dazu führen, dass das Klassenziel **- ausglichener Haushalt - nicht erreicht wird.**

Aber, man freut sich

Die Freude hat sich bei mir nie eingestellt, denn ich sehe keinerlei Anlass zur Freude, es sei denn man würde an die vorhandenen Strukturprobleme herangehen und **ernsthaft** versuchen, diese zu beheben.

Getreu der Aussage von Ludwig Erhard, einige werden ihn noch kennen, der 1963 sagte:

„Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken.“ „sollten wir in Velbert versuchen dieses zu leben und damit - ohne Schielen auf Wahlen und Stimmen – Beschlüsse zu fassen, die zwar nicht frenetischen Jubel auslösen werden, aber die finanzielle Sicherheit und Ausgewogenheit langfristig sichert, eben für die nächsten Generationen.

Einige Beispiele möchte ich hier aufführen, die dazu führen können die strukturellen Probleme anzugehen und den Haushalt langfristig zu konsolidieren:

1. Zur Entlastung auf der Ausgabenseite sollten die Personalkosten dem demografischen Wandel entsprechend begrenzt werden.
2. Die Ausgaben der einzelnen Fachbereiche sind – tatsächlich - jährlich zu überprüfen und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.
3. Vorhandene Einrichtungen, die zum Teil dreifach vorgehalten werden, sollten daraufhin überprüft werden, ob eine Zusammenlegung möglich ist.
4. Der mit Abstand größte Haushaltsposten ist der Bereich Jugend, Familie und Soziales. Hier sollten die Aufwendungen primär auf die Bedürftigkeit abgestellt werden und das Angebot der freien Träger ebenso überprüft werden.
5. Die defizitären Sparten der städtischen Töchter (Beispiel Grünflächen der TBV) sollten auf Effektivität und Einsparmöglichkeiten überprüft werden und ggf. ausgelagert werden. Durch Einsparungen könnten die Zuweisungen an die TBV - AöR verringert werden.
6. Wahlgeschenke oder Geschenke für eine ausgesuchte Klientel sind weit davon entfernt eine Haushaltskonsolidierung herbeizuführen. (Beispiel Neugestaltung Moltkeplatz)
7. Die Kreditaufnahmen der städtischen Töchter sollten gedeckelt werden, denn im Gegensatz zum städtischen Haushalt werden von keiner Genehmigungsbehörde Auflagen bei der Kreditaufnahme gemacht.

Letztendlich haftet für diese Kredite aber die Stadt.

Kommen wir nun zu einigen Punkten aus der Erweiterung des HSK 2012/2013:

Zuerst die angedrohte Streichung des Zuschusses an die Lebens- u. Eheberatung.

Hier ist bemerkenswert, dass aus dem großen Paket dieser und ähnlicher Einrichtungen nur eine Institution herausgesucht wird und dieser Zuschuss ursprünglich komplett gestrichen werden sollte.

Andere freie Träger bleiben davon ausgenommen und man könnte auf den

Gedanken kommen, dass Beziehungen und Verbindungen dabei eine große Rolle spielen.

Nunmehr zu jubeln, dass der Träger der Ehe- u. Lebensberatung mit der vorgeschlagenen Kürzung von nunmehr € 3.000,- einverstanden ist, ist die logische Folge des „ lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach „ Spruches. Wer würde in einer solchen Situation nicht das kleinere Übel wählen?

Auch die Bezirksausschüsse sollen wieder einmal abgeschafft werden, weil diese nicht bürgernah sein sollen und laut unserem Bürgermeister auch nur empfehlende Beschlüsse fassen können und man sich diese **lokalhistorische Verfassungsfolklore** nicht leisten will. Eine größere Diffamierung eines vom Rat eingesetzten Ausschusses hat es nach meinem Kenntnisstand bisher nicht gegeben. Die Krone wird dem allerdings aufgesetzt durch eine weitere Aussage des Bürgermeisters, der einige Kolleginnen und Kollegen auffordert die Ratssitzungen und die Ausschusssitzungen nicht mit **RTL-Talkshows** zu verwechseln und

dabei auch noch das Wort Niveau in den Mund nimmt. Herr Bürgermeister diese Aussage hat mit Niveau absolut nichts zu tun.

Mit der Abschaffung der BZA´s möchte unser oberster Bürger € 100.000,- ab 2015 einsparen, führt aber gleichzeitig aus, dass die von ihm in Aussicht gestellte Schaffung von drei weiteren BZA`s durchaus finanzierbar wäre. Das verstehe wer will.

Der eigentliche Grund ist doch, dass unser Bürgermeister mit tatkräftiger Unterstützung von CDU und FDP diese Ausschüsse abschaffen will weil eben diese beiden Fraktionen in den Ausschüssen regelmäßig kein gutes Bild abgeben,

man könnte auch sagen nicht immer gut vorbereitet sind und von der Fraktionsdisziplin auch des Öfteren eingeholt werden.

Nebenbei gesagt, Herr Bürgermeister und auch an die Adresse der Herren Bolz und v. Felbert: Ihnen sollte nicht entgangen sein, dass fast alle Fachausschüsse – mit wenigen Ausnahmen – nur empfehlende Beschlüsse fassen, die letztendlich im Rat der Stadt endgültig beschieden werden. Diese Argumentation geht also völlig ins Leere.

Auch Sie Herr Bürgermeister müssen sich fragen lassen, woher das teilweise immer noch vorhandene Ortsteildenken kommt?

Sie haben daran auch einen Anteil, haben Sie doch im Jahr 2008 Neviges zur Chefsache erklärt, große Entwicklungen versprochen und bis zum heutigen Tage nicht ein Ergebnis vorweisen können.

Und frei nach dem Motto „ und wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann gründ ich einen Arbeitskreis“, wurde ein runder Tisch Neviges eingerichtet, den es unter Ihrer Leitung – nebenbei gesagt – schon 2003 gab und mangels Erfolg eingestellt wurde.

Nunmehr zu glauben, dass dieser Arbeitskreis unter den selbsternannten Vorsitzenden das Rad neu erfinden wird, ist Augenwischerei, zumal unser Bürgermeister bereits in der Presse mitgeteilt hat wie er sich nun die weitere

Entwicklung vorstellt. Aber es ist ja nicht das erste Mal, dass Beschlüsse via Presse bekanntgegeben bzw. vorbereitet werden.

Die nunmehr ausgehandelte Lösung innerhalb der Troika ist nicht Fisch oder Fleisch, die keinem, weder den Bürgern noch der Politik oder der Verwaltung weiter hilft.

Wie die SPD, die laut eigener Aussage die Bezirksausschüsse unbedingt erhalten will, einer solchen Lösung zustimmen kann, wird ihr Geheimnis bleiben.

Apropos SPD: Bei der angekündigten Zustimmung des jetzt vorliegenden Doppelhaushaltes nebst fortgeschriebenem HSK, stimmt man auch dem HSK 2010/2011 zu, dass seinerzeit noch Teufelswerk war, da sozial unausgewogen.

Zu allem Überfluss wurde auch der SPD-Meinung zur Erhöhung der Gewerbesteuer seinerzeit nicht gefolgt. All das scheint nunmehr anders gesehen zu werden.

Lassen Sie mich abschließend noch auf einen Slogan der hiesigen CDU eingehen, der da lautet: „**Gemeinsam nicht anders**“

Den Slogan der CDU können wir nicht ändern, aber zum Wohle der Stadt und für eine nachhaltige und damit klare Haushaltsführung möchten wir sagen:

„Anders, aber bitte ganz schnell!“

Mit dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei möchte ich schließen und hätte beinahe vergessen zu erwähnen, dass wir diesem Haushalt nebst Haushaltssicherungskonzept nicht zustimmen können, da sich uns Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit nicht erschlossen haben

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Julius von Felbert, Vorsitzender der FDP-Fraktion

Aus der Sicht der FDP-Fraktion habe ich zur Verabschiedung des Haushaltes 2012/2013 folgendes beizutragen:

Wie der gemeinsame Antrag von CDU-, SPD- und FDP-Fraktionen zum Haushalt ausdrückt, wollen wir gemeinsam den Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2012 /2013 mit einer möglichst breiten, tragfähigen Zustimmung verabschieden, um das Nothaushaltsrecht verlassen zu können.

Nachdem wir im vergangenen Jahr – wie es der Bürgermeister ausgedrückt hat – „dem größten Sparpaket in der Geschichte unserer Stadt „ zugestimmt haben, stellen wir unsere Entscheidungen heute gemeinsam unter den Leitsatz: GESTALTEN STATT KÜRZEN !

Der Kämmerer hat uns mitgeteilt, dass mit dem Doppelhaushalt 2012 / 2013 das jährliche Defizit der Stadt Velbert sich jetzt kontinuierlich reduzieren wird. Das Jahr 2017 wird demnach voraussichtlich mit einem Überschuss in Höhe von ca. 1,3 MIO € abschließen. Die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) wird den heute zu verabschiedenden Doppelhaushalt genehmigungsfähig machen. Wir gewinnen nach 2 Jahren Nothaushaltszeit mehr Selbstverwaltung und Handlungsfreiheit zurück.

Dazu passt, dass wir uns darauf geeinigt haben, keine Veränderung von Gewerbe- oder Grundsteuer für 2012/2013 vorzunehmen.

Im Kommunalwahlkampf 2009 hatte ich auf die Herausforderung der Umsetzung der Konjunkturprogramme zur Überwindung der Wirtschaftskrise 2008 hingewiesen. Die Herausforderung, 22 Mio € in etwas mehr als 2 Jahren in die Sanierung von Schulen, Sportzentren, Kinder-Tagesstätten und sanitären und energetischen Verbesserungen öffentlicher Gebäude zu investieren, ist umgesetzt worden. Auch optische Akzente haben das Stadtbild daher verschönert. Wir konnten uns kürzlich durch persönliche Besichtigung von den Erfolgen überzeugen.

Sie gestatten mir diesen Rückblick, der uns in der Zeit des Nothaushaltes dennoch sichtbar in unserer Stadt vorwärts gebracht hat und wofür mein Dank an dieser Stelle an den Verwaltungsvorstand und seine Fachabteilungen geht, die alle Maßnahmen im vorgegeben Zeitabschnitt erfolgreich umgesetzt haben.

Noch einmal, wie im Jahr 2010, appelliere ich an Bund und Länder, den Solidarpakt II für den Aufbau Ost zu ändern. Es sollen 37,3 Mrd. € noch bis zum Jahr 2019 dafür aufgebracht werden. Die Städte an Rhein und Ruhr haben seit 1991 bereits 2,7 Mrd. € eingezahlt und sich dabei weiter verschulden müssen. Die Länder und Gemeinden im Osten schreiben teilweise schon schwarze Zahlen und brauchen deshalb keine neuen Schulden aufzunehmen, so u. a. das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsförderung (RWI) in Essen in diesen Tagen.

Erfreulicherweise hat auch der neue Bundespräsident Joachim Gauck diese Problematik in seinen ersten Reden bereits erkannt. Das gibt zur Hoffnung Anlass.

Die genannten Positionen im Haushalt, die wir geändert haben und auf die wir uns in gegenseitigem Geben und Nehmen in unserem gemeinsamen Antrag im Finanz-, Hauptausschuss und Rat geeinigt haben, können nach unserer Einschätzung für alle zustimmungsfähig sein.

Nach Einschätzung der FDP-Fraktion trägt die geplante städtebauliche Entwicklung der Velberter Innenstadt bereits erste Früchte. Eine spürbare Investitionsbereitschaft der Eigentümer von Geschäftsimmobilien an der Friedrichstrasse wird sichtbar. Nach den Erfahrungen und Analysen der Markzentrum - Investoren profitieren die vorhandenen Geschäfte der Innenstadtlagen bis hinein in die sog. „B-Lagen“ der Nebenstrassen von den wachsenden Besucherzahlen, die ein Markzentrum anzieht.

Wir freuen uns ganz besonders darüber, dass unser früher Hinweis auf den Erhalt und die Integration der „Villa Herminghaus“ in das Marktzentrum von den Investoren aufgenommen wurde und das Deutsche Schloss- und Beschlägemuseum eine sichtbare Besucherattraktion und Magnetfunktion im Marktzentrum entwickeln wird.

Der Anschluss an die Rheinschiene und den Flughafen Düsseldorf durch den Bau der A 44 eröffnet für den Standort Velbert neue Zukunftschancen. Wir werden gemeinsam weitere Gewerbe- und Wohnbauflächen ausweisen, um so neue Arbeitsplätze zu schaffen und dem Einwohnerrückgang entgegen zu wirken.

Der Abschaffung der Bezirksausschüsse in den einzelnen Ortsteilen stehen nach Prüfung des Gebietsänderungsvertrages vom 11. März 1974 durch die Abt. RECHT keine Rechtsbestimmungen im Wege. Mir ist bewusst, dass der Rat mehrheitlich den Erhalt der BZAs wünscht mit der Begründung, Bürgernähe und Fragestunden sollen gewährleistet bleiben. Gestatten Sie mir für die FDP-Fraktion darzulegen, warum wir die Abschaffung der BZAs für sinnvoll halten:

Die Tagesordnungen der Bezirksausschüsse entsprechen den Zuordnungen der Tagesordnungen der Fachausschüsse. In den BZAs wird lokalpatriotisch diskutiert, man setzt sich für seinen Ortsteil ein, in dem man wohnt, und fasst lediglich entsprechende „Empfehlungen“. Immer wieder kommt es in den Debatten zu Ortsteilvergleichen, die Unzufriedenheit mit der Gesamtstadt herbeiführen. Diese Darstellungen der Ortsteil-Kommunalpolitiker sind einem „WIR - Gefühl“ in unserer Stadt abträglich. Es kommt immer wieder vor, dass die BZA-Empfehlungen in den zuständigen Fachausschüssen und im Rat aus fachlicher und städtischer Gesamtsicht anders entschieden werden.

Wir wollen in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe nach Möglichkeiten suchen, die eine Bürgerbeteiligung auf andere Weise sicherstellen.

Der uns zugegangenen Investitionsübersicht der drei Ortsteile in den letzten fünf Jahren ist keine Benachteiligung irgendeines Stadtteiles zu entnehmen. FAZIT: Die Abschaffung der BZAs stärkt das „WIR - Gefühl“ und würde den Haushalt mit 100.000 € jährlich entlasten.

Die Entwicklung der Schullandschaft in unserer Stadt sehen wir in den nächsten Monaten als besondere Herausforderung an. Die rückläufigen Schülerzahlen zwingen uns zur Neuordnung der Schullandschaft. Die FDP-Fraktion kann sich vorstellen, dass sich bestehende Haupt- und Realschulen zu Sekundarschulen vereinigen werden. Dabei muss selbstverständlich dem Elternwillen Rechnung getragen werden. Die zahlreichen Probleme, die in dieser Neuordnung des Schulwesens noch enthalten sind, machen eine enge Zusammenarbeit aller Fraktionen im Rat dringend erforderlich.

Trotz schwieriger Situation der FDP in Bund und Land hat unsere Fraktion an der Lösung der Probleme in unserer Stadt effektiv mitgearbeitet und das in uns gesetzte Vertrauen zum Wohle unserer Stadt in der täglichen Arbeit bestätigt.

Harry Gohr, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrte Damen und Herren,

zuerst möchte ich mich bei den MitarbeiterInnen der Verwaltung und den Ratskollegen für die Zusammenarbeit danken. Bei allen politischen Differenzen sind ehrlicher Umgang und Offenheit für Gespräche Grundvoraussetzung für das demokratische Miteinander.

Die Ratsmehrheit führt eine wilde Ehe, so war zu lesen. Herr Bolz bietet uns an, in die Schwarz-Rot-Gelbe Hausgemeinschaft einzuziehen. Das soll dann wohl heißen, dass wir kleinen Fraktionen zustimmen, aber nicht mitreden dürfen. Danke, kein Interesse.

Der Haushalt ist, das haben wir schon bei der ersten Vorlage gesehen eine reulose Fortsetzung des im Jahr zuvor beschlossenen Kürzungskurses. Damit steht eine Zustimmung der Linken nicht zur Debatte. Eher überrascht uns, wenn die SPD, die mit guten Gründen den letzten Haushalt abgelehnt hat, jetzt demselben Haushalt, noch mit zusätzlichen Kürzungsplänen erweitert, zustimmen wollen.

Entscheidend sind dabei für uns nicht in erster Linie die neuen Kürzungspläne. Ein paar tausend Euro hier, ein paar da. Das ist ärgerlich. Das geht in die falsche Richtung. Und es macht keinen Sinn, mit diesen relativ kleinen Beträgen, die meist gut angelegt waren, das Velberter Haushaltsloch stopfen zu wollen. Aber daran alleine würden wir den Haushalt nicht scheitern lassen.

Entscheidend ist für uns das grundsätzliche Ungleichgewicht in der Velberter Haushaltspolitik, das mit jedem neuen Haushalt verschärft, statt korrigiert wird.

Meine Damen und Herren, wir haben die Aufgabe, den Menschen in unserer Stadt die Infrastruktur für ein gutes Leben zu bieten. Die Schwachen zu unterstützen und die Ambitionierten zu fördern. Die Bedingungen für ein Gedeihen unserer Stadt in jeder Hinsicht zu schaffen und zu bewahren. Das ist eine große Aufgabe und eine große Verantwortung. Und wir werden dem nicht gerecht, wenn wir alles zusammenstreichen und kürzen, die Infrastruktur abbauen und immer nur auf den Haushalt-sausgleich schielen.

Meine Damen und Herren, Generationengerechtigkeit besteht nicht darin, den Kindern eine schuldenfreie, aber tote und ausverkaufte Stadt zu übergeben, sondern ein florierendes Gemeinwesen mit guten Lebensbedingungen, dass grade, weil nicht nur gekürzt, sondern auch investiert wurde, in der Lage ist, den Schuldendienst zu bestreiten. Deshalb freuen wir uns, dass die Stadt da, wo Fördergelder von Land und Bund fließen, etwa bei der energetischen Sanierung, diesen Grundsatz beherzigt. Aber es reicht nicht, nur Fördergelder von Land und Bund zu beantragen. Die Stadt muss unabhängig ihren Aufgaben nachkommen. Wo das nicht möglich ist, ist die kommunale Selbstverwaltung bedroht. Die öffentlichen Haushalte sind unterfinanziert. Ohne eine Gemeindefinanzreform, die Ihren Namen wirklich verdient, werden die Velberter Haushaltsprobleme nicht gelöst werden können. Grund sind Steuergeschenke für Reiche und die Bankenrettungsschirme. Wir brauchen endlich einen Rettungsschirm für die Mehrheit der Menschen und für die Benachteiligten.

Im Sinne der Generationengerechtigkeit freuen wir uns auch, wenn die Ratsmehrheit erklärt, aus den schulpolitischen Schützengräben herausklettern zu wollen. Das sind wir unseren Kindern schuldig. Wir Linken wollen eine Schule für alle, das ist kein Geheimnis, aber wir waren da immer pragmatisch und offen für jede Lösung, die eine Verbesserung für die Schüler darstellt. Besonderen Handlungsbedarf sehen wir in Neviges, wo einer guten Hauptschule die Schließung droht, weil es für diese Schulform einfach keinen Bedarf mehr gibt. Das würde die Unterversorgung mit Plätzen auf weiterführenden Schulen in Neviges verschärfen. Wir Linken wollen an diesem Standort eine integrierte Schule, eine Gesamtschule oder zumindest eine Sekundarschule.

Wir treten ein für die Stärkung der Bezirksausschüsse. Wir haben da einen Vorschlag unseres Bürgermeisters aufgegriffen und mit eigenen Ideen ergänzt als Antrag eingebracht. Wollen wir hoffen, dass daraus in den Händen der nun einzurichtenden „Arbeitsgruppe“ etwas wird. Dass die Sache nicht im Sande verläuft und wir bei den nächsten Beratungen nicht – ewig grüßt das Murmeltier – wieder den gleichen ideenlosen Vorschlag hören alles zu streichen.

Hoffnung ist auch unsere Haltung zum Thema „Leben in Würde für die Bewohner der Talstraße“. Nach langem unwürdigem Ringen um Räume, Fenster, Schimmel, Schuld und Waschmaschinen ist etwas Bewegung in die Sache gekommen. Eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung muss aber eine sein, die vorrangig auf Unterbringung in Wohnungen setzt.

Was Velbert-Mitte angeht, liegen wir der Stadtverwaltung und den Ratskollegen seit Jahr und Tag mit der Forderung in den Ohren, doch etwas für die Attraktivität der Innenstadt zu tun. Bekommen haben wir das Versprechen eines viel zu großen, schlüsselfertigen Marktzentrums.

Bei allem, was wirklich helfen würde, bekommt man zu hören, dafür sei kein Geld da, oder da könne man nichts machen, das sei Privatbesitz. Wir haben beantragt, dass die Stadt hier eine aktivere Rolle einnehmen soll, etwa durch die Ausübung des Vorkaufsrecht im Fall des Hertie Kaufhauses. Aber da werfen wir doch lieber dem Investor des Marktzentrums Millionen für ein Parkhaus hinterher. Ein Vorgang, der nebenbei bemerkt deutlich zeigt, was dabei herauskommt, wenn städtische Aufgaben durch Ausgründung in privatwirtschaftliche Rechtsformen der öffentlichen Kontrolle entzogen werden.

Meine Damen und Herren, viel mehr wäre zu sagen, zu diesem Haushalt. Nun haben wir gestern lange genug beraten und es ist uns nicht gelungen, dem Haushalt eine soziale Richtung zu geben. Daher bleibt meiner Fraktion leider nur die Ablehnung.

Gerda Klingenfuß, Vorsitzende der UVB-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst einmal danken wir dem Kämmerer und seiner Mannschaft für die Erstellung des Haushaltspaketes.

Nach unseren Vorberatungen zum Haushalt waren wir der Meinung, dass wir gar keine Haushaltsrede halten sollten.

Denn – was ist denn noch zu entscheiden? Worüber könnte man denn noch reden? Was könnten wir denn erreichen, nachdem der gemeinsame Antrag von der CDU, der SPD und der FDP - „Gestalten statt Kürzen“ - eingebracht wurde? - In der Folge werde ich der Einfachheit halber vom „SOFA“ sprechen – Hier sind 35 % der Wähler und der Ratsfraktionen von den Entscheidungen ausgeschlossen.

Und um die Spannung vorweg zu nehmen: Die UVB-Fraktion wird dem Haushaltsplanentwurf 2012/13 mit einigen Einschränkungen zustimmen - so hätte unsere Haushaltsrede geendet.

Doch nun bleibt uns nur der Platz auf der Zuschauerbank – Ja, Herr Bürgermeister da hätten Sie uns ja gerne!

Wir appellieren an das „Sofa“ und an die Stadtverwaltung: Lassen Sie uns den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung beibehalten. Hüten Sie sich davor, nach dem Gießkannenprinzip Wohltaten auf die diversen Wünsche des „SOFAS“ zu schütten!!

Und das - NUR um die Zustimmung zum Haushalt zu bekommen!

Es stimmt uns schon sehr bedenklich, dass ein Betrag von 199.000,- € aus der Schullandschaft in den Sport „gerettet“ wird.

Könnte nach Erstellung einer solch tollen Sportanlage mit einer Muskelhypothek in Eigenleistung ein Kaninchenzaun vom Verein selbst erstellt werden?? Hier wurde Geld für die restlichen Arbeiten „gefunden“, weil man Geld finden wollte!!

Schmerzlich erfuhren wir im vergangenen Jahr, dass für die Rettung des Nizzabades kein „rettender Betrag“ gefunden werden wollte!!

Weiterhin stimmt es uns bedenklich, dass im „Sofa-Papier“ immer wieder davon die Rede ist, dass „die drei Fraktionen“ hierüber und darüber beraten werden. Wo, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bleiben die vorgeschriebenen Vorschläge für eine Deckung? Aus welchem Deckungsring werden die vorgeschlagenen „zurückgenommenen Kürzungsvorschläge“ genommen?

Bei der Frage nach der Zukunft der Bezirksausschüsse legen wir unsere Hoffnungen auf die SPD – denn diese ist erklärtermaßen gegen die Abschaffung der Bezirksausschüsse. Wir sind der Meinung, dass wir dieses Gremium dringend benötigen. Vielleicht in einer abgeänderten Form.

Für die Zukunft der Schullandschaft fordern wir die Verwaltung auf, ein schlüssiges Konzept vorzulegen, um unnötige Investitionen in nicht mehr gebrauchte Schulgebäude zu vermeiden.

Wir appellieren an die Planer in unserer Stadt: „Lassen sie uns die von unseren Vorfahren geschaffenen Kulturgüter und Bauwerke erhalten“.

In der Kürze liegt die Würze!

Wir stimmen dem Haushaltsplanentwurf 2012/13 in der vorliegenden Form zu, wenn die Bezirksausschüsse darin unangetastet bleiben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Helmut Stiegelmeier, Vorsitzender der SLB-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren und Vertreter der Presse.

Ich möchte mit einem positiven Wort über die Landes FDP beginnen. Diese hatte den Mut und das Verantwortungsbewusstsein, auch gegen den eigenen Vorteil, den desolaten Landeshaushalt NRW abzulehnen.

Genau diesen Mut, gravierend in die finanzielle Struktur einzugreifen, vermisste ich hier bei uns im Rat der Stadt Velbert. Durch die Sparvorschläge oder besser gesagt Ausgabenvorschläge der Fraktionen werden unverantwortbare, falsche Prioritäten für die Zukunft Velberts und dessen Bürger gesetzt. Wegen der Kürze meiner Redezeit, nur ein paar Beispiele:

Diverse freiwillige Sozialleistungen sollten gestrichen oder unverhältnismäßig gekürzt werden.

Streichungen in wesentlichen Teilen der Verkehrsinfrastruktur wie NE 9 und NE 10, die vor allem für sozial schwache und junge Menschen attraktiv waren, in Höhe von ca. 80.000 € jährlich.

Diese Streichungen und Kürzungen sind unsinnig. Freiwillige Leistungen der Stadt gegenüber diversen öffentlichen Institutionen, die alte, junge und behinderte Menschen in Velbert unterstützen, werden und wurden durch **Sie** komplett gestrichen, obwohl in diesen Bereichen seit etlichen Jahren unverzichtbare Arbeit für Menschen in Velbert geleistet wird!

Auch eine erneute Anhebung der Verwaltungsgebühren (Lfd.Nr.118 im HSK) zu Lasten unserer Velberter Bürger ist verantwortungslos.

Im Gegenzug möchte die Verwaltung und die Mehrheit des Rates Gelder z.B. für ein neues, zweites Museum im Nevigeser Schloss investieren, welches jährlich mit weit über 200.000 € subventioniert werden muss. Die Umbau und Entstehungskosten von über 1,2 Mio. € sollten auch nicht verschwiegen werden.

Etliche Gebühren werden für die Velberter Bürger erhöht, sei es innerhalb des Privaten oder des Freizeitbereiches, wie z.B. die Erhöhung der Gebühren für Nutzung der Sportstätten oder anderer öffentlicher Angebote (VHS, Musikschule)!

Dies geschieht, obwohl jeder hier im Rat weiß, dass die betroffenen Vereine eine immense gesellschaftliche Verantwortung durch ihre soziale Arbeit übernehmen. Sie treten dieses Engagement mit Füßen. Die Vereine geben der Jugend einen Halt in unserer Gesellschaft. Sie vermitteln Werte und bieten Jugendlichen die Möglichkeit ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten.

Die Mehrheit dieses Rates bestraft dieses vorbildliche, ehrenamtliche Engagement noch mit den mehr als unzumutbaren Erhöhungen.

Im Gegenzug wird locker beschlossen, ein Umzug des Schloss- und Beschlage-Museums in die Villa vorzunehmen, der Teilumzug der VHS ins Forum mit einbegriffen, wird uns weit über 3 Mio. € kosten. Der jährliche Zuschuss fürs Museum von über 400.000 € kommt noch extra dazu!

Mit diesen 2 Beispielen sieht man welche Prioritäten die feudale politische „Klasse“ und Verwaltung in Velbert setzten. **Wir die SLB finden dies unverantwortlich!** Fragen Sie doch einmal die Eltern und Bürger in Velbert, was für Sie wichtiger wäre!

Museen und Denkmäler oder niedrigere Verwaltungsgebühren, sauberere Schulen für unsere Kinder und günstige Freizeitangebote für die Velberter Bürger.

Machen Sie mal so eine Umfrage, das Ergebnis würde Ihnen die Augen öffnen! Wären nicht erhebliche Mittel aus Bundes und Landeskassen für unsere öffentlichen Gebäude geflossen, so wären die Zustände in unseren Schulen und Sportstätten noch unerträglicher. **Man setzt in Velbert falsche Prioritäten!**

Kommen wir nun zur Einnahmeseite:

Wir bekommen seit Jahren immer mehr Geld in die Stadtkasse. 2006 hatten wir einen Ertrag von ca. 149 Mio. € und für 2011 kalkuliert man 159 Mio. €, für 2012 sogar 179 Mio. Doch wir geben immer mehr Geld aus. Ein Blick in die alten Haushaltsbücher unterstreicht dies! Im Jahr 2006 betrug die Aufwendungen im Jahr. 162,4 Mio., dem gegenüber sind laut Haushaltsplan diese auf 185 Mio. in 2011 angestiegen, 2012 liegt man sogar um die 190 Mio. €.

Ich darf Sie daran erinnern, dass noch im Haushaltsentwurf 2006 vorgesehen war, mittelfristig für 2009 einen Planungsaufwand von ca. 158 Mio. € zu realisieren. Hätten wir uns nur annähernd an unser damaliges Konsolidierungskonzept gehalten, so bräuchten wir heute unsere Velberter Bürger nicht so stark belasten und könnten sogar einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Aber man schafft es seitens der Verwaltung und der Verantwortlichen nicht, die Ausgaben stabil zu halten, geschweige denn sie zu senken. Deshalb stellt sich bei mir die Frage, wie ernst ist es uns mit dem Sparwillen?

Die Vorschläge von Rat und Verwaltung stehen scheinbar unter der Prämisse:

„Ist der Haushalt einmal ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert!“

Vor dem Hintergrund der geplanten Mammutausgaben, ist es müßig anzumerken, dass sich in der Politik bezüglich der Personalkosten bzw. Personalabbau der Verwaltung seit etlichen Jahren nichts Nennenswertes getan hat. Gespart wird in Velbert immer am falschen Ende und die Velberter Bürger und Unternehmen sind die Dummen!

Ein kleines Beispiel:

Die Verwaltung schickt mir als Ratsmitglied vor kurzem eine Postzustellung mit folgendem Inhalt: **Ein** Werbeprospekt von der ECE. Solche Verteilungsaktionen, für nur **diese eine Firma** sind schon seit Jahren gängige Praxis!

Meine Damen und Herren, das Problem liegt nicht nur darin begründet, dass diese Kosten, angefangen bei Verpackung und Versand bis hin zu den Portokosten, im Endeffekt die Velberter Bürger tragen müssen. Vielmehr nehme ich solche Praktiken als versuchte Beeinflussung des Rates wahr. Aber unser Bürgermeister geht wohlwollend über diesen Tatbestand hinweg. Meiner Meinung nach wäre ein Einschreiten seinerseits in diesem Fall seine Pflicht gewesen.

Im Gegenzug, schauen sie bitte mal die ganzen kleinen Kürzungen im HSK an, die diesem Vorgehen gegenüber stehen. Solche Praktiken fördern die Politikverdrossenheit unserer Bürger!

Man erhöhte die Grundsteuer B, was jeden Bürger finanziell belastet, und im Gegenzug bekommen Großinvestoren weit überzogene finanzielle Unterstützung in Form von diversen Vergünstigungen z.B. preiswerte Grundstücke, kostenlose erbrachte Leistungen, Leistungszusagen und sogar Aufträge von der Verwaltung. Der Höhepunkt ist, man nimmt seit neuestens ganz locker u.a. für das Projekt Marktzentrum, so nebenbei, eine Buchwertverschlechterung von nochmals 231.600 € in Kauf! (siehe Ratsunterlage). Über nur einem Bruchteil einer solchen Zuwendung, wären die Velberter Einzelhändler mehr als dankbar. Aber die Praxis zeigt leider das Gegenteil!

Liebe Velberter Bürger, auch besondere Ereignisse gehören in eine Haushaltsrede, damit meine ich die totale Umänderung der Velberter Innenstadt durch das Projekt „Marktzentrum“.

Besinnt man sich auf die Entstehung dieses Komplexes zurück so sprach man damals nur von **mal schauen, bisschen planen unverbindlich** und sprach von ca. 10.000 bis maximal 15.000 m² Verkaufsfläche! Soweit hätte die SLB das Projekt mittragen können (Gutachten gibt als Fläche 12.000 m² vor).

Es kommt mir heute so vor, als ob Sie damals einen kleinen Schneeball Namens „Innenstadtentwicklung Marktzentrum,, ins Rollen gebracht haben, aus dem sich eine unaufhaltsame Lawine entwickelt hat. Viele Ratsmitglieder sind meiner Meinung nach durch diese Entwicklung überrollt worden, sonst würden Sie nicht außerhalb der Ratsräume ihre Bedenken äußern: Ich zitiere:

„Ich habe doch bedenken, ob das Projekt nicht doch viel zu groß für Velbert ist“ oder

„Man kann sowie so nichts mehr ändern!“

„Nächste Legislaturperiode bin ich sowieso nicht mehr im Rat“

„Ich muss es ja selbst nicht bezahlen.“

und man spricht von einer Hopp oder Top Situation, andere sagen „es ist wie Roulette“. Dies erweckt in mir den Eindruck, dass die Verwaltungsspitze und einige Fraktionsvorsitzende bestenfalls die Realität verkennen und dieses Projekt Marktzentrum mit aller Macht ohne Rücksicht auf Verluste umsetzen wollen!

Mein Eindruck wird durch die folgenden Fakten in der Vergangenheit belegt.

1. Berechtigte, sachlich begründete Bürgerbedenken zu diesem Projekt wurden mit platten Sprüchen unbegründet abgeschmettert.
2. Diverse Gutachten werden entweder falsch interpretiert oder ganz ignoriert.
3. Die Einzelhändler in der Fußgängerzone wurden erst sehr spät aufgeklärt, als viele schon resignierten.
4. Kurzfristig fanden Ausschusssitzungen im Forum statt, welche meiner Ansicht nach geplante Showveranstaltungen zugunsten des Investors waren!
5. Bürgermeister Freitag und die Wirtschaftsförderung versuchen die Einzelhändler inzwischen zu beruhigen und sprechen verniedlichend lediglich von einer Ergänzung des Einzelhandelsangebots im neuen Center.
6. Den Velberter Bürgern gegenüber werden die städtischen Investitionen zum Projekt als Haushaltsneutral verkauft.

Als Höhepunkt spannt sich die „VMG“ in einer Veranstaltung im Forum vor den Wagen des Investors und betreibt eine Abwerbungskampagne zugunsten des Marktzentrums. Inzwischen spricht auch Bürgermeister Freitag von einer möglichen Teilverlagerung der Einzelhändler der Fußgängerzone in das neue Shopping Center. Welch neue Erkenntnis!

Konsequenterweise werden die Hinweise der Landesregierung NRW in den Vorlagen „Richtlinien für Einkaufszentren“ einfach ignoriert. Denn durch diese Richtlinien soll der bereits vorhandene Einzelhandel geschützt werden. Das Aus für die Fußgängerzone wird in Kauf genommen und die Zeche zahlt der Bürger!

Große Teile der Wirtschaftsförderung sind komplett mit der Vermarktung des Center ausgelastet. Broschüren zum Marktzentrum werden erarbeitet und durch die Hausdruckerei gedruckt. Ausstellungen werden mit hohen Kosten organisiert. Die Veranstaltung im Best Western wurde durch die VMG kostenlos ausgerichtet.

Der Velberter Bürger aber muss für die kleinste Dienstleistung bezahlen und sei es nur ein Stempel. Abwanderungen von vernachlässigten Unternehmen aus Velbert ist die Kehrseite dieser Wifö- Politik.

Meine lieben Ratskolleginnen und Kollegen

Die Fachzeitung Immobilienwirtschaft gibt in Ihrer Rubrik -Einzelhandel Ausgabe 15.12. 2011 diesen Hinweis:

Die DFG kommt in einer aktuellen Untersuchung zu dem Ergebnis, dass das Marktzentrum in Velbert mit einem Verhältnis von 100 : 55 als stark überdimensioniert gilt!! Andererseits stellt die Fachzeitschrift Immobilienwirtschaft fest, dass die doppelte Ladenzahl den Entwicklungsgewinn verdreifacht. Ich meine da kommt Freude auf und ich weiß jetzt warum ECE auf 20.000 qm VK. Fläche besteht.

Hier im Rat ist liberaler Mut, Sachverstand und Kompetenz nicht erkennbar. Die große Koalition samt Anhängsel treibt weiter ihr Unwesen. Das Risiko liegt nur bei der Stadt Velbert, das Stadtprofil stellt nur einen zweitrangigen Faktor dar und aus Dank und Höhepunkt unserer Freundlichkeit stellen wir Ihnen noch ein neues Parkhaus zur Verfügung. Keiner von Ihnen hier im Rat kann ab jetzt noch behaupten, dies nicht gewusst zu haben!

Geld ausgeben, meine Damen und Herren, kann jeder und das ist einfach. Aber es ausgewogen, sinnvoll, wirtschaftlich und zukunftsorientiert einzusetzen ist die Aufgabe eines Stadtrates. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern in Velbert schuldig!

Können wir hier noch was verändern?

- Ja, aber nur wenn Sie aufwachen und die gesellschaftlich wichtigsten Brennpunkte zu Gunsten der Velberter Bürger überarbeiten.

Fehlt es zur Einsicht, sieht sich die SLB Fraktion mehrheitlich, bestehend aus unseren Ratsmitgliedern und weit über 20 sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern in die Pflicht genommen diesen Haushalt abzulehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit